

Städtische Deputation für Kultur			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
Protokoll der Sitzung am 07.02.2017			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 14:49 Uhr	Sitzungsende: 16:10 Uhr	Sitzungsort: Konsul-Hackfeld-Haus, Großer Saal, Bremen

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Tagesordnung:

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Öffentliche Förderungen von Literaturstipendien der Stadtgemeinde Bremen	Vorlage 63
TOP 4:	Sachstand Neubau BuS Huchting	Vorlage 64
TOP 5:	Verschiedenes <ul style="list-style-type: none"> a. Statement der Kulturbehörde zum aktuellen Projektmitteverfahren b. mdl. Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand „Arisierungs-Mahnmal“ c. mdl. Sachstandsbericht zur Weserburg d. mdl. Sachstandsbericht zum Bremer Karneval e. Aktuelles aus der Kulturszene 	

Die Vorsitzende der städtischen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Deputation für Kultur stimmt der Tagesordnung zu.

TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung

Herr Hodonyi bittet darum, auf Seite 3 den Beitrag von Frau Pfister zu TOP 5 Arisierungsmahnmal – weitere Handlungsschritte zu ergänzen, da nach seiner Wahrnehmung Frau Pfister das von der taz initiierte Juryverfahren vollständig dem üblichen kunstfachlichen Verfahren entsprochen habe. Frau Pfister bestätigt dies.

Die Deputation nimmt das Protokoll der Sitzung vom 06.12.2016 mit dieser Änderung zur Kenntnis.

TOP 3: Öffentliche Förderung von Literaturstipendien der Stadtgemeinde Bremen

Herr Rohmeyer dankt für den Bericht

Herr Hodonyi erkundigt sich nach der Anzahl der Bewerbungen für die Stipendien. Frau Bremicker antwortet, dass für die Arbeitsstipendien des Senators für Kultur jährlich ca. 30

Bewerbungen eingingen, von denen zwei ausgewählt würden. Für die anderen in der Vorlage genannten Stipendien lägen keine Daten vor.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4: Verschiedenes

a) **Statement der Kulturbehörde zum aktuellen Projektmittelverfahren:**

Staatsrätin Emigholz kündigt vor der Sommerpause eine Auswertung über die Projektmittelförderung des laufenden Jahres an. Die Resonanz sei sehr positiv und die einzelnen Projekte würden jetzt anlaufen. Zum Bremer Karneval erklärt Frau Emigholz, dass kleinere Schwierigkeiten bei von der Deputation beschlossenen Projekten durch die Behörde im Rahmen des Haushalts gelöst werden könnten. Bei größeren Schwierigkeiten werde selbstverständlich die Deputation befasst.

Frau Strunge fragt nach dem Stand des Mittelabrufs der Projekte.

Herr Kindscher antwortet, dass allein im Rahmen des Solidarpakts bereits rund 50.000 Euro abgerufen worden seien.

b) **Mdl. Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand „Arisierungs“-Mahnmal:**

Staatsrätin Emigholz kündigt für die kommende Sitzung am 14. März eine entscheidungsreife Vorlage für die Kulturdeputation an. Es gebe das Signal der Speditionswirtschaft an den Bürgerschaftspräsidenten und den Bürgermeister, sich entsprechend beteiligen zu wollen. Dabei käme es aber auch auf die verfolgten Konzeptionen an. Die Einwilligung der Künstlerin vorausgesetzt, sei die Realisierung des vorliegenden künstlerischen Entwurfs auch an einer anderen geeigneten Stelle in Bremen möglich.

Es sei sinnvoll, die Aufstellung des Kunstwerks durch einen Prozess zur geschichtlichen Aufarbeitung zu begleiten und die verschiedenen Ideen zusammenzuführen. Das Ziel müsse es sein, eine möglichst breite Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte inklusive der Speditionswirtschaft zu erreichen und so am Ende im Konsens zu einem Vorschlag nach den Kriterien des entsprechenden Bürgerschaftsbeschlusses zu kommen.

Herr Hodonyi legt dar, dass sich die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft einstimmig dafür ausgesprochen hätte, ein Mahnmal am Standort von Kühne + Nagel nach dem Entwurf der Künstlerin Angie Oettinghausen zu realisieren. Es gehe dabei um den Ort, nicht aber darum, mit dem Finger auf ein einzelnes Unternehmen zu zeigen, sondern um die Rollen von Stadt, Wirtschaft und Öffentlichkeit, und Kühne + Nagel hätten damals in der Beraubung ein Monopol gehabt. Viele Unternehmen hätten sich ihrer Geschichte gestellt, und daher habe Kühne + Nagel hier eine Bringschuld gegenüber den Opfern, doch dies lehne das Unternehmen ab und verfolge stattdessen eine Verzögerungstaktik. Er verwies auf ein enges Zeitfenster, das es zu nutzen gelte.

Frau Strunge schließt sich Herrn Hodonyi an. Sie verstehe den Bürgerschaftsbeschluss als Votum für einen Standort in der Nähe von Kühne + Nagel. Sie halte den künstlerischen Entwurf für gelungen, ein neues Verfahren sei nicht nötig. Da das Zeitfenster in der Tat eng sei, erkundigt sie sich nach dem weiteren Gremienverlauf.

Staatsrätin Emigholz erläutert, dass das Ressort einen entsprechenden Antrag an den Beirat Mitte richten würde. Hier sei sicher eine rasche Abstimmung möglich.

Der Vorschlag für eine Entscheidung der Kulturdeputation am 14. März trüge dem genannten Zeitfenster Rechnung. Die Behörde werde daher Kontakt mit dem zuständigen Ortsamt aufnehmen. Es sei aber darauf hinzuweisen, dass der Beirat Mitte seine Entscheidung nicht ohne ein politisches Votum treffen wolle.

Herr Senkal ergänzt, dass der Beirat hier keine Vorreiterrolle übernehmen wolle.

Herr Drechsel dankt Staatsrätin Emigholz für ihre Ausführungen und begrüßt das Verfahren, alle Interessengruppen einzubinden und auch über alternative Standorte für das Mahnmal nachzudenken. Schon durch den laufenden Prozess werde ein Lerneffekt erzielt. Herr Drechsel widerspricht Herrn Hodonyi und nennt einen möglichen Standort am von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen favorisierten Standort einen eindeutigen Fingerzeig gegen ein Unternehmen.

Herr Gottschalk betont, dass es allgemein bekannt sei, dass Kühne + Nagel zwar der Hauptakteur gewesen sei, aber eben auch nicht der einzige. Es sei positiv, dass sich auch andere Akteure der Logistikwirtschaft ihrer Vergangenheit stellen würden. Für die SPD seien die Signale der Unternehmen jetzt auf ihre Substanz zu prüfen. Die verbleibende Zeit gelte es zu nutzen, heute sei noch keine Festlegung erforderlich. Er stimmt dem Termin der Entscheidung am 14. März zu und hofft, dass es möglicherweise schneller gehe.

Herr Rohmeyer verweist auf den im Herbst 2016 in der Bürgerschaft erzielten Konsens zwischen den Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke und der CDU. Dabei sei explizit kein Standort abschließend festgelegt worden. Heute werde ein Ziel definiert. Die Art und Weise, wie dies geschehe, kritisiert er. Es sei gut, dass die Logistikbranche aufgewacht sei, aber er habe die Sorge, dass eine gute Sache durch die Umsetzung beschädigt werde. Bremen insgesamt und nicht nur Kühne + Nagel allein sei Profiteur gewesen. Herr Rohmeyer mahnt Einigkeit an und erkundigt sich nach den Fristen für die Befassung von Senat sowie Haushalts- und Finanzausschuss.

Herr Bücking erklärt, dass gerade die vielfach kritisierte Rede des AfD-Politikers Höcke gezeigt habe, wie bedeutsam ein kluges Nachdenken über Erinnerungskultur sei. Dies ginge allerdings nicht ohne Konflikte. Die Gespräche mit den Unternehmen seien sicher kompliziert. Für ihn sei die ablehnende Haltung von Kühne + Nagel gegen den von seiner Fraktion favorisierten Standort kein Argument, weil eben das Unrecht genau dort passiert sei. Somit sei der Standort die klarste und unmissverständlichste Botschaft und eine angemessene Reaktion. Er verwies auf die Haltung seiner Fraktion, die erwarte, dass der Senat die entsprechenden Verhandlungen in diesem Sinne führe. Die Entscheidung dürfe nicht von technischen Umständen diktiert werden. Die verbleibenden vier Wochen müssten klug genutzt werden.

Frau Strunge verweist auf den Bürgerschaftsbeschluss, der ein Denkmal in der Nähe von Kühne + Nagel vorsehe. Andere Standorte seien daher schwer vermittelbar. Die Zielsetzung des Beschlusses sei, Kühne + Nagel als herausragender Akteur sichtbar zu machen.

Herr Bolayela betont die gesamtgesellschaftliche Verantwortung und erklärt, dass man keine einzelne Firma an den Pranger stellen dürfe. Eine einseitige Festlegung sei schwierig, es gelte, möglichst viele Kräfte mitzunehmen. Das von Staatsrätin Emigholz skizzierte Vorgehen halte er daher für richtig.

Herr Crueger erklärt, dass er bei der historischen Betrachtung einer Deutung den Vorzug gebe, die in Strukturen denke, die zu dem begangenen Unrecht geführt hätten, und weniger einzelne Akteure betrachte. Er bewerte es als Chance, dass die Logistikbranche sich jetzt beteiligen wolle. Diese Chance müsse man nutzen. Wenn nun die Frage des Standorts seitens der Unternehmen thematisiert werde, müsse man annehmen, dass es dieses Angebot vorher nicht gegeben habe. Der inhaltliche Prozess der Auseinandersetzung in der Gesellschaft sei wichtig und lohnender als der Vorrang für einen bestimmten Standort

Frau Kroh erwidert, dass ein homogenes Gedächtnis zur Erinnerungskultur immer eine Illusion bleiben müsse. Es sei nie möglich, alle gesellschaftlichen Kräfte einzubinden. Ein Prozess der Aufarbeitung und die Festlegung auf einen Standort schlossen sich aber nicht aus. Es gehe aber um eine klare Benennung von Kühne + Nagel als Hauptverantwortlichen.

Staatsrätin Emigholz würdigt die Verdienste der Initiative von Henning Bleyl, die den Prozess der Aufarbeitung erst angestoßen habe: Er habe Bewegung in die Stadt gebracht. Die Kooperationsbereitschaft der Unternehmen bewertet sie als ernsthaft, und diese hänge auch mit der Tiefe der vorliegenden Recherchen zusammen. Diesem Prozess sollte man nun eine Chance einräumen. Die Frist bis Mitte März ermögliche eine Realisierung bei Kühne + Nagel noch im Zuge der dort laufenden Baumaßnahmen.

Es sei richtig, den zeitlichen Ablauf ebenso zu beachten wie die in der Stadt entstandene Bewegung. Das Ressort nehme die Frage des Mahnmals und die zugrundeliegende Recherche sehr ernst. Es gelte, die verbleibende Zeit aktiv zu nutzen.

c) **Mdl. Sachstandsbericht zur Weserburg:**

Herr Dr. Mackeben erläutert den Sachstand gemäß des Vermerks in der Anlage. Herr Drechsel dankt für die Darstellung und bittet um weitere Informationen zu dem im Vermerk genannten Konzept des Senats für Gegenwartskunst.

Herr Dr. Mackeben erklärt, dass das Konzept maßgeblich mit der weiteren inhaltlichen Aufstellung der Weserburg zusammenhänge. Daher werde die Ausschreibung für die zu besetzende Stelle des Direktors der Weserburg durch den Stiftungsrat der Deputation zur Kenntnis gegeben. Diese gebe bereits erste Hinweise auf das zukünftige Profil, welches im Zuge des Findungsverfahrens und in der Folge durch den neuen Direktor weiter zu schärfen sei. Der Berichtszeitpunkt über die Konzeption zur Gegenwartskunst hänge somit vom weiteren Fortgang des Verfahrens ab. Herr Drechsel stimmt dem zu.

d) **Mdl. Sachstandsbericht zum Bremer Karneval:**

Herr Perplies stellt dar, dass die Deputation für Kultur den Projektmittelantrag des Bremer Karnevals anteilig positiv beschieden habe. Die Veranstalter des Karnevals hätten im Dezember 2016 auf ein Liquiditätsproblem hingewiesen. Die Finanzierung des Projekts mit einem Gesamtvolumen von 80.000 Euro komme aus unterschiedlichen Quellen, das Delta betrage rund 7.000 Euro. Das Kulturressort habe daraufhin seine Bereitschaft erklärt, das Projekt abzusichern. Man befinde sich weiter in Gesprächen mit den Veranstaltern und die Durchführung des Karnevals sei gesichert.

Herr Drechsel kritisierte, dass der Bürgermeister nach Gutsherrenart vorgegangen sei. Jedes Projekt müsse zunächst eigene Anstrengungen unternehmen, bevor die

öffentliche Hand einspringe. Er fragt nach, ob alle Möglichkeiten des Sponsorings ausgeschöpft seien.

Herr Perplies erwidert, dass dem so sei. Er halte das Delta für marginal, zudem seien die tatsächlichen Einnahmen und auch die Einnahme von Spenden schlecht planbar.

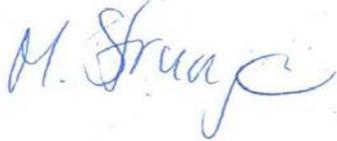
Frau Staatsrätin Emigholz erklärt, dass der Bürgermeister lediglich erklärt habe, eine mögliche Finanzierungslücke bei entsprechendem Nachweis zu schließen. Ein Verwendungsnachweis sei, wie bei allen anderen Projekten auch, in jedem Fall erforderlich.

e) **Aktuelles aus der Kulturszene:**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Frau Strunge ermutigt die Kulturschaffenden, sich hier verstärkt einzubringen.

Frau Strunge beendet damit die Sitzung der städtischen Deputation für Kultur.



Sprecherin



Protokollführer

Teilnehmerliste

Städtische Deputation für Kultur

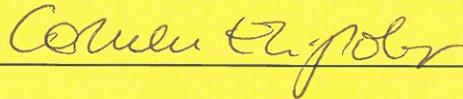
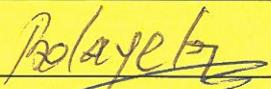
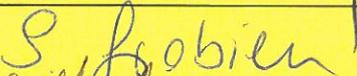
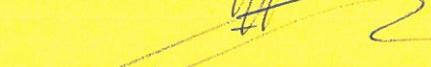
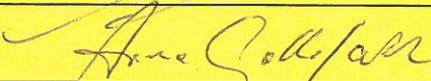
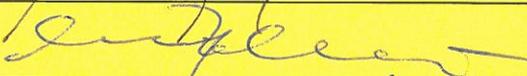
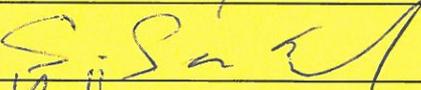
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Ort: Saal
Konsul-Hackfeld-Haus

am: 7. Februar 2017

von: 14:49

bis: 16:10

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von – bis **)
Senator Dr. Carsten Sieling		
Staatsrätin Carmen Emigholz		
Elombo Bolayela		
Jens Crueger		
Ulf-Brün Drechsel		
Dr. Kirsten Kappert-Gonther	i.V. Bücking	
Susanne Grobien		
Dr. Robert Hodonyi		
Martin Michalik		
Dieter Reinken geändert		
Claas Rohmeyer		
Sükrü Senkal		
Miriam Strunge	M. Strunge	

*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.

***) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.

Deputation für Kultur (städtisch)

Anwesenheitsliste
Sitzung am 07.02.2017

19. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
Heiter Steiner		
Andreas Markler		
Alexandra Floreidt		
Christiane Kündel		

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name